

# Thorner Zeitung



Mr. 134 NR 137

Sonnabend, den 17. Juni

1902

## Neue Nachrichten.

**Dresden, 12. Juni.** Der Inhaber des Hotels „Stadt Bremen“ Johann Mutschlitz ist mit seinem gesamten Vermögen ins Ausland geflüchtet. Er hinterläßt viele Gläubiger als Schuldtragende.

**Mannheim, 12. Juni.** Die landwirtschaftliche Ausstellung, die gestern zu Ende ging, ist im Ganzen von 130,000 Personen besucht worden.

**Altona, 12. Juni.** 258 Millionen gibt es nach der letzten Statistik über die kommunalen Verhältnisse in den 55 Städten und Flecken Schleswig-Holsteins, davon in Altona (161 501 Einwohner) 102 und in Kiel (107 977) 59.

**Kiel, 12. Juni.** Im Hafen kenterte eine Yacht mit 6 Personen, als ein Matrose vom Lande auf das Boot sprang. Der Koch hüpfte bei dem Unfall sein Leben ein.

**Wien, 12. Juni.** Oberst v. Galfsky, Kommandant der 11. Dragoner, in der Gesellschaft als Sportsmann und tollkühner Reiter allgemein bekannt, wurde im Wartezimmer des Garnison-Spitals wahnsinnig. Er erschoss sich.

**Wien, 12. Juni.** Bei Besichtigung des 5. Dragoner-Regiments durch Erzherzog Otto stürzte der beste Reiter des Regiments, Oberleutnant Kupprecht, mit dem Pferde, wobei ihm die Stirn- und Schläfe zertrümmert wurde.

**Graz, 12. Juni.** Im ganzen Alpengebiete ist ein starker Wettersturz eingetreten. Die Berge sind bis zur Talsohle hinab mit Schnee bedeckt, die Temperatur ist tief gesunken.

**Prag, 12. Juni.** In Paritsch stürzte ein neuerbautes Kirchlein ein. 4 Arbeiter wurden getötet, zahlreiche Personen sind verletzt. — Die Sternberg'sche Holzfabrik in Jabum ist bis auf die Mauern niedergebrannt. Der Schaden beträgt eine Million Kronen.

**Moskau, 12. Juni.** Ein großes neues Petroleumfeld ist in Nord-Rußland am Weißen Meer entdeckt worden. Die Quellen liegen in alten Gesteinsschichten im Gouvernement Archangelst.

**Warschau, 12. Juni.** Der Beamte Grzesiewicz ist nach Fällung von Geld und Wechseln in Höhe von 80 000 Rubeln zum Nachfolger der Firma L. S. Malhorne ernannt worden.

**Tunis, 12. Juni.** Der Bey von Tunis ist gestern gestorben, sein Nachfolger ist Prinz Mohammed.

**New York, 12. Juni.** In Nicaragua ist der Sultan Momotombo tätig.

## Preussischer Landtag. Herrenhaus.

13. Sitzung vom 12. Juni, 1 1/2 Uhr.

Beratung der Polenvorlage.

**v. Koscielski:** Bei den antipolnischen Vorlesungen muß ich immer an die Fabel von dem nackten König denken, dem kein Mensch zu sagen wagte, daß er nackt war. Jeder sagte, er sei gewappnet von Kopf bis zu Fuß und mit einem Speer versehen. So können vernünftige Menschen sich hypnotisieren lassen. Das haben wir auch erlebt bei dem großen Hundertmillionenschwindel. (Unruhe.) Ja wohl, beim Schwindel der Madame Humbert. (Gelächter, Unruhe.) Es werden jetzt 250 Millionen verlangt, und jeder stimmt dem ministeriellen Hypnotiseur zu, wenn er sagt, daß die Polen, die in Wahrheit mit Heulen bedeckte Kammergestalten sind, die Brandfackel schwingen und Dynamitbomben werfen. Die Vorlage verfolgt das Prinzip, das stärkere Element immer noch mehr zu stärken. Eine übermäßige Wachstumsfaktoren führt zum Größenwahn, und wer diesem Uebel verfallen, kommt ins Krankenhaus auf dieselbe Station, auf der der preussische Staat sich jetzt befindet. Unser Programm besteht aus zwei Punkten: der erste Punkt heißt, wir bleiben Polen, der zweite lautet: Wir lassen uns durch noch so fern gesponnene Bemühungen nicht verleiten, den Rechtsboden zu verlassen.

**Ministerpräsident Graf v. Bülow:** Die Entwicklung, der historische Werdegang der preussischen Monarchie hat uns gezwungen, Teile fremder Nationalität in den preussischen Staatsverband aufzunehmen. Im Staatsverband haben diese anderssprachigen Elemente eine Kultur erlangt, die sie aus eigener Kraft schwerlich erreicht haben würde. Wir haben diesen anderssprachigen Mitbürgern auch das volle Bürgerrecht bei uns eingeräumt, wir haben ihnen alle verfassungsmäßigen Rechte zuteil werden lassen. Wir können den anderssprachigen Elementen fremder Nationalität bei uns keine Autonomie einräumen, denn der preussische Staat ist ein deutscher Staat, und sein gesetzlicher Beruf besteht darin, überall das Deutschtum zu schützen und zu fördern. Nun hat Herr v. Koscielski gesagt, daß er und seine Freunde auf dem Boden der be-

stehenden Verhältnisse ständen. Ich zweifle nicht an dem guten Glauben der polnischen Mitglieder hier im Hause. Aber ich glaube doch, daß Herr v. Koscielski mit seinen torrekten und richtigen Anschauungen unter seinen polnischen Landsleuten ziemlich vereinzelt dasteht. Ich glaube nicht, daß Herr v. Koscielski sich an irgend welchen Bestrebungen beteiligt, die ausgehen auf eine Lösung gemischtsprachiger Provinzen von der Monarchie. Ich glaube aber, daß sein Einfluß auf die polnische Agitation nicht so groß ist, wie ich bei seiner vortrefflichen Ueberzeugung wünschen möchte, daß das der Fall wäre. Ich glaube, daß er mehr geschoben wird, als daß er schübe, und ich glaube, daß, wenn eine kritische Zeit käme, das polnische Element mit oder ohne diese herrliche Ueberzeugung so auftreten würde, wie es 1848 der Fall gewesen ist. Es ist unbestritten, daß trotz aller Wohlthaten seitens der preussischen Regierung noch Bestrebungen im Gange sind, die am letzten Ende hinzeln auf die Auflösung der gemischtsprachigen Provinzen von der preussischen Monarchie. Es ist unbestritten, daß der preussische Staat seit langem Förderer des Deutschtums ist und das ist es, was diese Frage nach meiner Ansicht zu einer wahren Schicksals- und Zukunftsfrage für die preussische Monarchie macht. Herr v. Koscielski sprach von der Harmlosigkeit der polnischen Agitation. Mir ist heute Morgen noch ein Ausschnitt vorgelegt worden aus einer sehr viel gelesenen polnischen Rundschau, in der es heißt: „Es ist kein Polen denkbar ohne Oberschlesien, Posen, Westpreußen und Ostpreußen. Der Verlust dieser Provinzen, würde dem Verlust der Ehre oder Macht und Bedeutung der preussischen Monarchie gleich sein. Bülow meint, die preussische Regierung verstände keinen Spaß in polnischen Angelegenheiten, aber auch wir verstehen keinen Spaß in unserer Zukunft.“ Ohne Westpreußen würde Ostpreußen ein unhaltbarer Besitz für uns sein, und wenn die letzten Ziele der polnischen Agitation auch nicht immer so unerschüttert dargetan werden, so habe ich doch in anderen polnischen Blättern Artikel gelesen, in dem ich aufgefordert wurde, aus allen diesen Provinzen ein einheitliches polnisches Gebiet zu bilden mit einem *besonderen polnischen Landtag*. Wenn wir uns gegen solche Bestrebungen wehren, so erfüllen wir die Pflicht der preussischen Staatsregierung. Ein Glied in der Kette dieser Maßnahmen ist auch dieser Gesetzentwurf, der Ihnen heute unterbreitet ist. Es besteht kein Widerspruch zwischen diesem Gesetzentwurf und jenem vom 26. April 1886, mit welchem seinerzeit Fürst Bismarck unsere Ostmarken-Politik eingeleitet hat. Der Artikel 1 unseres neuen Gesetzentwurfes, welcher die Verstärkung des Ansiedelungsfonds um 150 Millionen enthält, bewegt sich durchaus im Geiste des Gesetzes vom 26. April 1886. Artikel 2, die Tätigkeit der Ansiedelung der Domänen zu übertragen, ist auch eine ursprüngliche Absicht des Fürsten Bismarck. Es können beide Aktionen, Ansiedelungssaktion und Domänenaktion sehr wohl neben einander gehen. Die Hauptaufgabe bleibt, neue bäuerliche Ansiedlungen ins Leben zu rufen. Ich kann nur betonen, daß ich es mir besonders angelegen sein lasse, die Tätigkeit der Ansiedelungskommission zu überwachen, daß sie nicht vorgeht in bureaukratischer, sondern mehr kaufmännischer Weise, nicht vom Standpunkt einer gut geleiteten Bank. Auch Herr v. Miquel, der tüchtige und sparsame Finanzmann, hat darauf hingewiesen, daß wir ein gutes Geschäft mit der Ansiedelung machen würden, wenn wir von Anfang an nicht zu kleinteilig wären. Um unser Volkstum im Osten zu schützen, werden wir immer reich genug sein und um unsere Bauern im Osten zu schützen, werden wir immer die nötigen Mittel haben. Wir denken gar nicht daran, unsere polnischen Mitbürger aus ihrer Heimat vertreiben zu wollen und ihnen Sprache und Religion rauben zu wollen. Wir wollen nicht länger mit ansehen, daß durch den polnischen Zugang der deutsche Bauer verdrängt und mit allerlei Schikanen zum Abzug gezwungen wird. Dieser fortschreitenden Polonisierung der östlichen Provinzen wollen wir entgegenzutreten durch ein ruhiges Verfahren. Wir werden der polnischen Agitation gegenüber nicht eher die Waffen strecken, als bis alle polnischen Untertanen sich auf den Boden der Loyalität gegenüber dem preussischen Staat stellen. Wir wollen dieser Polonisierung entgegenzutreten durch eine konsequente wirtschaftliche und kulturelle Hebung des Ostens. (Beifall.)

**Oberbürgermeister Witting-Posen:** Wir begrüßen mit Genugtuung diese Vorlage, die wir für eine segensbringende halten. In Bezug auf die polnische Presse sind wir anderer Meinung als die Staatsregierung. Man darf diese Presse nicht allzu ernst und zu tragisch nehmen. Man kann der polnischen Presse keinen größeren Gefallen tun,

als wenn man sie fortwährend beachtet und eckert, wie es die Regierung tut. Dadurch wird nur Reklame für die Blätter gemacht. Die Polen sind kein mit Heulen bedecktes Volk, wie Herr von Koscielski meinte, sondern sie haben alle Merkmale einer aufstrebenden Bourgeoisie. Der entscheidende Punkt bei den Polen ist nicht die Vosreibung von Preußen und die Revolution. Ein energischer Stabsoffizier mit einem Regiment Infanterie hält heute die ganze Provinz Posen in Schach. Das Entscheidende bei den Polen ist die allmähliche Polonisierung und Slavisierung des Ostens. Das ist keine Tücke und keine Niedertracht der Polen; ich wünsche den Deutschen dieselbe Energie. Wer den Polen ihre Sprache und ihre Religion rauben wollte, der würde auf Granit stoßen. Ein Arbeiten mit Repressivmaßnahmen ist ein Kurieren auf Symptome, dadurch wird nicht ein einziger Pole ein Deutscher. Graf Bülow hat mit Recht darauf hingewiesen, daß Herr v. Koscielski in seiner lokalen Haltung vereinzelt dasteht. Die polnische Bewegung hat ausgeht, eine aristokratische zu sein, sie ist heute eine radikal-demokratische. Das Centrum wird es auch bald erleben, daß die Polen aufgehört haben, eine kirchliche Partei zu sein. Gegen die Slavisierung des preussischen Ostens ist es notwendig, neue deutsche Menschen in möglichst großer Zahl nach dem Osten hineinzuschleichen. Ferner muß man bei der Gefahr der Abwanderung die dort wohnenden Deutschen zu halten suchen. Was das Raninchen-Gleichnis betrifft, so stehe ich nicht auf dem Boden dieses Gleichnisses. Ich glaube nicht an die ungeheure Vermehrung der Polen gegenüber den Deutschen. Ich glaube, nach dieser Richtung tun die Deutschen im Ganzen und Großen ihre Schuldigkeit. (Gelächter.) Die Bismarck'sche Politik, Bauern in den Ostmarken anzusetzen, muß der Mittelpunkt der Polenpolitik bleiben. Auf dem Gebiet der Besiedelungstätigkeit hat die Ansiedelungskommission Hervorragendes geleistet, bei den Ankäufen sind Fehler gemacht worden. Die Vergrößerung des Domänenbesitzes für Posen ist außerordentlich wichtig und bedeutungsvoll. Bei dem starken Absentismus der Besitzer, namentlich der Magnaten, ist es notwendig, daß neue Elemente herangezogen werden. Ich wünsche, daß möglichst in alle Kreisstädte Garnisonen gelegt werden, die Armee ist das mächtigste Bollwerk für das Deutschtum. Obwohl die Schule kein geeigneter Ort ist, um zu germanisieren, so ist doch die Schule von ungeheurer Bedeutung, und auch hier muß der preussische Staat eingreifen durch Vermehrung der Lehrer und Verbesserung der Schultäume.

Fürst Hagfeld tritt für die Vorlage ein.

Graf Hoensbroech spricht sich ebenfalls warm für die Vorlage aus; mit dem ewigen Predigen von Liebe und Veröhnung in der Politik lode man keinen Hund vom Ofen.

Ministerpräsident Graf Bülow: Jeder Gedanke an eine Protestantisierung des Ostens liegt uns vollkommen fern. Es ist mir gesagt worden, daß mehr Evangelische als Katholiken angesiedelt würden. Wenn das der Fall sein sollte, so kann das nur damit zusammenhängen, daß leider noch immer nicht in ausreichender Weise gesorgt ist für die Seelsorge der deutschen Katholiken im Osten. Sobald aber für deutsche, kath. Seelsorge durch deutsch empfindende kath. Seelsorger gesorgt sein wird, wird die Ansiedelungskommission ganz gewiß ebenso gern kath. Deutsche ansiedeln als evang. Deutsche. Ich möchte ausdrücklich hervorheben, daß es eine Verdrängung der Tschechen ist, wenn es so dargestellt ist, als wenn die kath. Kirche im Osten nur durch den Polonismus gedeihen könnte.

**Ernst Günter** (Herzog von Schleswig-Holstein) tritt für die Vorlage ein. Man solle den Beamten im Osten bessere Gehälter zahlen, um sie dadurch im Osten zu halten, und auch danach zu trachten suchen, daß verabschiedete Offiziere ihren Wohnsitz im Osten nehmen.

**Oberbürgermeister Delbrück-Danzig:** Der polnische Gefahr muß ein Damm entgegengepflegt werden, das ist unsere Pflicht. Klingt doch in allen Schriften und Blättern der Gedanke durch: Polen bis ans Meer. Die Regierungsvorlage stellt das beste Mittel dar, diese uns drohende Gefahr abzuwenden. Es würde politisch und wirtschaftlich falsch sein, wenn man ganze Kreise auflösen wollte in bäuerlichen Besitz. Man muß darauf bedacht sein, große Güter zu konfiszieren. Die Gründe, weshalb die Polonisierung gerade in den kleinen Städten solche Fortschritte gemacht hat, liegen hauptsächlich einmal in den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen, die die Eisenbahnen gebracht haben. Auch der Beamten- und Offizierverein ist nicht ohne Einfluß geblieben. Es ist natürlich, daß alle deutschen Geschäfte zurückgehen, wenn man auf Grund von Katalogen von diesen Vereinen aus Berlin kauft.

**Fürst Bismarck:** Eine große Gefahr liegt bei den kleinen Ansiedlern für das Deutschtum darin, daß sie Polinnen heirateten. Bei den verführerischen Eigenschaften und der Energie der Polinnen sehen diese es nur zu häufig durch, daß die Kinder polnisch erzogen werden. Meine Meinung geht dahin, viel mehr Gewicht auf Domänenankäufe als auf kleine Ansiedlungen zu legen.

Die Vorlage wird einer Kommission überwiesen. Freitag: Kleinere Vorlagen. — Schluß 5 1/2 Uhr.

## Stimmen der Presse.

— 0 Die Polenrede des Kaisers auf der Martenburg hat, wie wir schon wiederholt berichtet haben, die polnischen Kreise aufs äußerste erregt. Ob mit Recht oder Unrecht, bleibt dahin gestellt. Daß aber derartig scharfe Ausfälle, wie sie sich der tschechische Abg. Klossac im österr. Abgeordnetenhaus gegen den deutschen Kaiser gestattete, nicht gut geheßen werden können, versteht sich von selbst. Dem „N. Wien. T.“ schreibt man aus Lemberg:

Selbst in sonst ruhigen polnischen Kreisen ist man über die ... Art, in welcher Kaiser Wilhelm neuerdings (und zwar, wie allseitig betont wird, ohne jede äußere Veranlassung) die polnische Frage behandelt hat, aufs tiefste erregt. Nicht als ob man die angeordneten Repressivmaßnahmen fürchtete, sondern weil man darin einen tief beklagenswerten Mangel an Rücksicht auf österr. Empfindlichkeiten erblickt. Es ist schon seiner Zeit, als die ersten Janfarenensignale gegen die preuß. Polen ertönten, darauf hingewiesen worden, in welche precäre Lage jede österr. Regierung, zu deren sichersten politischen Stützen die Polen gehörten, durch diese Brückierung des Gesamtpotentums kommen mußte, und man hat schon damals mit tiefer Beschämung die Ohnmacht unseres Auswärtigen Amtes und seines Vertreters in Berlin konstatiert, die es nicht durchsetzen konnten, wenigstens die überflüssigen, aufreizenden Brandreden gegen das Polentum zu verhindern, wenn schon eine antipolnische Preußenpolitik nicht hintanzuhalten war. Graf Goluchowski mußte damals in gut österr. Kreisen bittere Wahrheiten über die traurige Figur, welche er Deutschland gegenüber machte, über sich ergehen lassen. Als es dann einige Zeit ruhig blieb, hegte man die leider nun völlig zerführte Hoffnung, daß man in Berlin selbst zur Einsicht gekommen sei und wenigstens alle äußeren Kundgebungen, welche geeignet seien, die ohnehin erregten Gemüter unnützerweise zu reizen, in Zukunft vermeiden wolle. Statt dessen erfolgte jetzt von allerhöchster Stelle diese das gesamte Polentum tief verletzende, besonders heftige Attacke. Wie verlautet, ist man nunmehr in maßgebenden Polentreisen fest entschlossen, mit aller Energie und ohne jede Rücksicht gegen diese fortgesetzten Brückierungen zu protestieren und gegen die gesamte Dreibund-Politik solange Stellung zu nehmen, als Deutschland in seiner vitalen österr. Interessen verachtenden Haltung verharrt. Es ist geplant, mit einem diesbezüglichen Memorandum direkt an den Kaiser heranzugehen, nachdem die Goluchowski'sche Staatskunst selbst in dieser relativ untergeordneten Frage völlig versagt hat. Hiernach dürfte die Polenrede unseres Kaisers auch weiterhin noch viel Staub in Oesterreich aufwirbeln.

## Rechtspflege.

Schöffengericht vom 11. Juni.

„Aus Versehen“ mitgenommen hat der Arbeiter W. aus Mader im Aluminerten Zustande einen Reiseforb, der vor der Tür des Kaufmanns Robniewski stand. Das kostet ihn 1 Tag Gefängnis.

Einen Geniekreid vollführte das Dienstmädchen Elise Hein aus Hirschberg, die nach ihrer Entlassung aus dem Graubenzner Krankenhaus per pedes apostolorum nach Thorn wanderte und hier, aller Mittel entbührt, sich von dem ihr befreundeten Schausteller Koch 10 M. telegaphisch anweisen ließ mit der Bedingung, sie wolle nur gegen Post und Logis bei ihm dienen. Gleichzeitig hatte sie den Auftrag, eine Pelertine von einer bekannten Familie mitzubringen. Mit den 10 M. und der Pelertine verduftete dann Schönböschchen und sieht jetzt in Hirschberg — ihrer schweren Stunde entgegen. Vom Erscheinen zum Termin war sie für heute entbunden. Wegen Betrugs und Unterschlagung erhielt die schon 2 mal bestrafte Angell. 6 Wochen Gefängnis.

